V4 Für eine klima- und energiepolitische Wende!

Antragsteller*in: Paul Heimhuber, Isabel Mossal, Jonathan Gut, Johanna Linke, Matthias Garreis, Anne Rußbeck, Jonas Wübbenhorst (LAK Regierungswatch)

Tagesordnungspunkt: 2. Inhaltliche Anträge

1 Für eine klima- und energiepolitische Wende!

Die Klimakrise bedroht in nie dagewesener Weise unsere Lebensgrundlagen und schon heute leiden viele Menschen, insbesondere im Globalen Süden, unter ihren Folgen. Uns bleiben nur noch wenige Jahre Zeit, um die Erderwärmung auf ein "erträgliches" Maß einzudämmen und unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Die Klimakrise ist längst zu einer sozialen Krise geworden. Jene, die am wenigsten Schuld tragen, leiden am stärksten. Wir wollen Klimagerechtigkeit. Dafür ist die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens unabdingbar.

Um dieses Ziel mit ausreichend hoher Wahrscheinlichkeit zu erreichen darf weltweit nur noch eine Menge von 420 Gt CO₂-Äquivalenten ausgestoßen werden. Auf Deutschland entfällt dabei ein Anteil von 3,1 Gigatonnen - Stand Anfang 2019. Bei den durchschnittlichen, jährlichen Emissionen von ca. 0,8 Gt pro Jahr in Deutschland ist dieses Budget bald aufgebraucht. Für die Einhaltung dieses weltweiten Treibhausgasbudgets ist eine schnelle Transformation hin zur Klimaneutralität zwingend. Sachsen muss bis zum Jahr 2030 klimaneutral werden.

Das Pariser Klimaabkommen ist Völkerrecht und damit auch für Sachsen bindend. Wir erwarten, dass sich die sächsische Staatsregierung daran hält und alles nötige unternimmt um dieses Ziel zu erreichen. Für alle neuen Gesetze und Gesetzesänderungen muss der Klimavorbehalt gelten: Gesetze, die den Weg zur Klimaneutralität versperren, dürfen nicht verabschiedet werden. Im Bundesrat muss sich Sachsen konsequent für Klimaschutz einsetzen, z. B für die Einführung eines CO₂-Preises, der den tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten entspricht.

Für uns ist klar: Wir werden das Klima nur durch einen Systemwandel retten können. Künftige sächsische Klimaschutzprogramme und -maßnahmen dürfen deshalb nicht nur technische Maßnahmen enthalten, sondern müssen den Systemwandel befördern.

Die in diesem Antrag beschriebenen Maßnahmen sind aus unserer Sicht unverzichtbar für den Beginn einer Transformation hin zur Klimaneutralität. Wir fordern die sächsische Staatsregierung auf, diese Maßnahmen umzusetzen und in der anstehenden Novelle des Energie- und Klimaschutzprogramms festzuschreiben. Wir erwarten konkrete Festlegungen und Ziele der sächsischen Regierung im Energie- und Klimaschutzprogramm. Die Ziele dürfen dabei nicht rein auf den Energiesektor beschränkt bleiben, sondern müssen selbstverständlich alle Sektoren umfassen.

35 1. Dekarbonisierung des Stromsektors

Der Stromsektor ist in Sachsen der größte THG-/CO₂-Verursacher. Gleichzeitig ist er auch derjenige Sektor, der am einfachsten zu dekarbonisieren ist, weshalb dies am schnellsten geschehen muss. Sachsen hat genügend Potentiale, um den Eigenbedarf an Strom mit Erneuerbaren Energien decken zu können und darüber hinaus auch noch exportieren zu können.

41 Braunkohleausstieg

42 Ein großer Teil der Energie in Sachsen wird heute noch auf Basis von Braunkohle
43 gewonnen. Diese Energieproduktion ist extrem ineffektiv und stößt
44 unverhältnismäßig viel CO₂ aus.

45 Wir fordern deshalb den klimapolitisch notwendigen Braunkohleausstieg bis 2025
46 in Sachsen. Wir müssen jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, damit der Ausstieg
47 zu diesem Zeitpunkt möglich wird.

48 Um dieses Ziel zu erreichen ...

49 ... muss sich die sächsische Regierung im Bundesrat konsequent für einen
50 Kohleausstieg bis 2025 einsetzen.

51 ... müssen die ineffizientesten und klimaschädlichsten Kraftwerke sofort
52 abgeschaltet werden.

53 ... darf es keinerlei neue Genehmigungen für neue Tagebauflächen geben. Bisherige
54 Genehmigungen, die die Einhaltung des CO₂-Budget verhindern, müssen wieder
55 entzogen werden.

56 ... eine Bestandsgarantie sowohl für Pödelwitz in Mitteldeutschen
57 Braunkohlerevier, als auch für Mühlrose in der Lausitz. Wir solidarisieren uns
58 mit allen Menschen, die sich für den Erhalt der Dörfer einsetzen.

59 ... vollumfängliche und sofort zu leistende Sicherheitsleistungen für die Kosten
60 der späteren Wiedernutzbarmachung von den Tagebaubetreibern.

61 ... muss das Land Sachsen sofort die Erhebung von Wasserentnahmeentgelten und
62 Förder- und Feldesabgaben von Tagebauen in Anspruch nehmen.

63 Ausbau Erneuerbarer Energien

64 Wir brauchen einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien,
65 Speicherkapazitäten und der Stromnetze um zukünftig eine ausreichende und
66 grundlastfähige Energieversorgung sicherzustellen.

67 Im Zentrum steht dabei der massive Ausbau neuer Solar- und Windenergieanlagen,
68 sowie die Erneuerung und Repowering bestehender Anlagen, um die durch den
69 Braunkohleausstieg wegfallenden Stromerzeugungskapazitäten zu kompensieren und
70 darüber hinaus Mehrbedarfe durch die verstärkte Sektorkopplung abdecken zu
71 können.

72 Wir fordern dazu die folgenden Maßnahmen:

73 ... ein optimalerweise etwa gleich verteilter Ausbau von Photovoltaik- und
74 Windenergieanlagen, sodass diese sich in ihren Eigenschaften optimal ergänzen
75 können.

76 ... den Abbau rechtlicher, bürokratischer Hürden und die Schaffung zusätzlicher
77 Anreize, Förderungen und Hilfen zur Beschleunigung des Ausbaus. Eine
78 naturschutzkonforme Planung und die Beachtung ökologischer Belange ist dabei für
79 uns selbstverständlich.

80 ... die schnellstmögliche Ausweisung von ausreichend Flächen für den Bau von
81 Windkraftanlagen durch regionalen Planungsverbände, um einen 1,5-Grad-konformen
82 Ausbau zu ermöglichen.

83 ... keinerlei pauschale Abstandsregelungen und Verbote für Windkraftanlagen im
84 Wald zu erlassen. Pauschale Regelungen sind nicht zielführend, da sie die
85 örtlichen Gegebenheiten vollkommen außer Acht lassen.

86 ... die Beteiligung der Bürger*innen und Kommunen im Planungsprozess, um gezielt
87 auf die örtlichen Gegebenheiten eingehen zu können und die Akzeptanz vor Ort zu
88 sichern.

89 ... eine finanzielle Beteiligung der Kommunen über eine Gewinnabgabe und eine
90 einfache Möglichkeit für Bürger*innen durch Anteile an Windenergieanlagen, z.B.
91 über Genossenschaften finanziell zu profitieren.

92 ... die Ausschöpfung der Möglichkeiten in brachliegenden ehemaligen Tagebauflächen
93 großflächige Windparks und Solarparks zu errichten.

94 ... die Förderung von Agrophotovoltaik, um den flächenhaften Ausbau von
95 Photovoltaik-Energie in Einklang mit den Interessen der Landwirtschaft zu
96 bringen, den Flächenverbrauch zu minimieren und für Landwirt*innen finanzielle
97 Anreize zu schaffen.

98 ... massive Förderprogramme für kleine Solaranlagen inklusive kleiner, dezentraler
99 Speicher, um das Potential von Photovoltaik auf bebauten Flächen wie Dächern
100 ausschöpfen zu können.

101 ... eine Vereinfachung der Grünstromvermarktung generell und insbesondere für
102 Kleinsterzeuger*innen erheblich vereinfachen.

103 ... nachhaltig und sichere finanzielle Unterstützung der Forschung an neuen
104 Technologien zur Erhöhung der Effizienz und Beschleunigung des Ausbaus
105 Erneuerbarer Energien.

106 Zur Sicherstellung einer sicheren Stromversorgung muss der Ausbau Erneuerbarer
107 Energien vom Ausbau der Speicherkapazitäten und der Netze flankiert werden.
108 Eine möglichst dezentrale und öffentliche Energieversorgung ermöglicht ebenso
109 wie eine verstärkte Sektorkopplung flexibel auf Schwankungen der Stromerzeugung
110 zu reagieren und damit Versorgungssicherheit zu garantieren.

111 Stromversorgung als öffentliche Daseinsvorsorge

112 Die Energiewende muss ein umfassender Umbau sein und auch zur Demokratisierung
113 des Stromsektors genutzt werden. Bürger*innenenergie und die Rekommunalisierung
114 sind maßgeblich dafür. Stromversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge nicht zur
115 Profitmaximierung von Konzernen gedacht.

116 Wir fordern das Land auf, kommunale Projekte und Projekte von Bürger*innen
117 finanziell massiv zu unterstützen.

118 2. Verkehrswende

119 Im Verkehrssektor stammt immer noch ein großer Teil der Energie aus fossilen
120 Quellen. Jegliche Effizienzsteigerung wird dabei durch eine Erhöhung des
121 Verkehrsaufkommens zunichte gemacht. Aus diesem und anderen Gründen sind im
122 Verkehr keine nennenswerten Emissionseinsparungen zu beobachten. Im Kampf gegen
123 die Klimakrise und für klimafreundliche Mobilität für alle fordern wir deshalb
124 innerhalb dieser Legislaturperiode:

- 125 ... die Verringerung der Entfernungen die zum Erreichen alltäglicher Ziele
126 zurückgelegt werden müssen, v. a. im ländlichen Raum.
- 127 ... den Stopp von Straßenneu- und Ausbauprojekten um ein weiter erhöhtes
128 Verkehrsaufkommen zu vermeiden.
- 129 ... keinerlei neue Anreize für Straßengüterverkehr zu schaffen und stattdessen den
130 Ausbau von Schienengütertrassen mit Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen
131 voranzutreiben.
- 132 ... die schnellstmögliche Elektrifizierung aller sächsischer Bahnstrecken.
- 133 ... die schnellstmögliche Einstellung des innerdeutschen Flugverkehrs von und zu
134 den Flughäfen Leipzig/Halle und Dresden.
- 135 Um den Menschen in Sachsen eine gute Alternative zum motorisierten
136 Individualverkehr zu bieten fordern wir für den Öffentlichen Verkehr:
- 137 ... eine groß angelegte Reaktivierungsoffensive von Bahnstrecken.
- 138 ... abseits von Bahnstrecken den Ausbau des PlusBus-Netzes.
- 139 ... die Bedienung aller Orte in Sachsen mit dem ÖPNV von 05-24h mindestens im
140 Stundentakt.
- 141 ... auf landesbedeutsamen Verbindungen mindestens einen Halbstundentakt.
- 142 ... die Anbindung des Raums Chemnitz an den Fernverkehr durch Ausschreibungen von
143 Fernverkehrsleistungen durch den Freistaat Sachsen.
- 144 Zur Stärkung des Radverkehrs in Sachsen fordern wir:
- 145 ... den Bau von Radwegen an allen ortsverbindenden Staatstraßen.
- 146 ... den schnellstmöglichen Bau von Radschnellwegen in den Ballungsräumen.
- 147 **3. Wärme**
- 148 Wärme macht einen Großteil des Gesamtenergieverbrauchs in Sachsen aus. Die
149 erheblichen Einsparpotentiale im Bereich Wärme müssen daher zügig genutzt
150 werden.
- 151 Daher fordern wir für den Wärmesektor noch in dieser Legislaturperiode:
- 152 ... eine umfangreiche finanzielle Förderung für die energetische Gebäudesanierung
153 (Verbesserung der Dämmung, Austausch von Heizsystemen, usw.).
- 154 ... bei Neubauten den Passivhausstandard als energetischen Mindeststandard
155 festzulegen.
- 156 ... konsequente Abwärmenutzung beispielsweise aus Industrieprozessen und
157 Rechenzentren.
- 158 ... eine erhebliche Einsparung des Wärmeenergiebedarfs von Wohnhäusern mit Hilfe
159 von Solarthermieanlagen auf Dächern, z.B. durch ein Landesförderprogramm.
- 160 ... die verstärkte Nutzung von Wärmepumpen und oberflächennaher Geothermie.
- 161 ... eine Verringerung der beheizten Wohnfläche pro Person anzustreben, z.B. durch
162 die Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen.

163 ... das Schaffen einer besonderen Vorbildfunktion staatlicher Gebäude (wie
164 Behörden, Universitäten, Schulen, Ministerien) durch hohe Wärme- und
165 Energiestandards.

166 4. Industrie

167 In der sächsischen Industrie, insbesondere der Stahl- und Chemieindustrie,
168 entstehen große Mengen an Treibhausgasen, welche nicht durch eine Umstellung auf
169 erneuerbare Energien direkt vermieden werden können. Wir fordern:

170 ... nur Technologien zu fördern, welche eine Reduktion der Treibhausgasemissionen
171 bewirken.

172 ... die Subvention und Forschungsförderung von klimaschonenden Alternativen wie
173 dem Einsatz von Wasserstoff in der Stahlreduktion.

174 ... den CO₂-Ausstoß in der Produktion sämtlicher Produkte und Dienstleistungen
175 durch eine Kennzeichnungspflicht auszuweisen.

176 ... bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist grundsätzlich die klimafreundlichste
177 Alternative zu bevorzugen.

178 5. Landwirtschaft

179 Die Landwirtschaft hat die größte Flächennutzung in Sachsen und trägt mit
180 erheblichen Treibhausgasemissionen zum Klimawandel bei, obwohl die
181 Landwirtschaft durch Dürren und Wetterextreme stark von Klimaveränderungen
182 betroffen ist. Die heutigen Strukturen in der Landwirtschaft entsprechen
183 aufgrund des Gefangenendilemmas weder den Interessen der
184 Landwirtschaftsbetriebe, noch denen der Verbraucher*innen oder den Belangen des
185 Umwelt- und Naturschutzes.

186 Wir fordern deshalb:

187 ... nur ökologische Landwirtschaft zu fördern. Sie sichert Bodenqualität und
188 Biodiversität.

189 ... Abbau bürokratischer Hürden zur Beantragung von Förderungen.

190 ... Reduktion von Produktion und Konsum tierischer Produkte im Sinne von Klima-
191 und Ressourcenschutz.

192 ... die Minimierung konventioneller Tierhaltung. Zusätzlich darf diese keinerlei
193 Fördergelder mehr erhalten.

194 ... die Unterstützung der pflanzlichen Ernährung durch standardmäßige
195 Verfügbarkeit in öffentlichen Kantinen. Nur eine regionale bio-vegane
196 Ernährungsweise ist global nachhaltig und gehört standardmäßig gefördert.

197 ... frühzeitige Aufklärungsarbeit über Umwelt- und Klimafolgen von Tierproduktion
198 und -konsum bereits in Schulen und Kitas .

199 ... die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

200 ... die Existenzsicherung kleiner regionaler Höfe.

201 ... einen angemessenen Verkaufspreis, welcher bei den bei den Produzent*innen
202 ankommt.

203 ... die Förderung des regionalen Futtermittelanbaus im Zuge einer Reduktion der
204 Tierhaltung, um lange Transportwege und die Rodung von Regenwald im globalen
205 Süden zum Futtermittelanbau zu verhindern.

206 ... die Erneuerung des Grundstückverkehrsgesetz in Sachsen, um den Erwerb
207 landwirtschaftlicher Nutzflächen durch internationale Agroinvestor*innen zu
208 verhindern.

209 ... den Umbau von Biogasanlagen zu fördern, sodass Energie aus der Vergärung von
210 Wirtschaftsdüngern und Reststoffen gewonnen wird. Keine Nutzung von Pflanzen,
211 welche eigens dafür angebaut werden müssen.

212 ... die Wiedervernässung von Mooren sowie die Aufforstung von Wäldern. Dies ist
213 essenziell für CO₂- Kompensation und Negativemissionen.

214 ... Förderung von Humusaufbau durch Vorgabe einer standort- und betriebsgerechten
215 Mindestfruchtfolge, die auch humusmehrnde Feldfrüchte verwendet.

216 6. Die Klimakrise als Systemkrise

217 Zuerst braucht es ein sofortiges Ende aller klimaschädlicher Investitionen,
218 Subventionen und Förderungen. Das Land Sachsen muss alle Beteiligungen
219 offenlegen und mit aktivem Divestment jegliche finanzielle Mittel aus fossilen,
220 klimaschädlichen Beteiligungen abziehen.

221 Je weniger Energie verbraucht wird, desto einfacher ist Klimaneutralität zu
222 erreichen. Klimaschutzpolitik sollte also immer auch die Verringerung des
223 Energieverbrauches zum Ziel haben.

224 In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das nicht ohne Wachstum
225 funktioniert, ist dies jedoch nicht möglich. Effizienzgewinne lassen sich nur in
226 begrenztem Maße erreichen und werden durch erhöhten Konsum aufgeessen.

227 Wir fordern deshalb eine Abkehr vom fossilen Kapitalismus hin zu einer
228 Wirtschaftsweise und Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und den
229 natürlichen Grenzen unseres Planeten orientiert.

230 Diese Transformation ist eine gesellschaftliche, der Staat kann sie nicht
231 verordnen, sondern muss die kommenden tiefgreifenden Veränderungen begünstigen
232 statt sie zu blockieren.